

Rezensionen

Behrens, Hermann: Von der Landes- zur Territorialplanung. Zur Entwicklung der räumlichen Planung in der SBZ/DDR von 1945 bis Anfang der 60er Jahre. – Marburg: BdWi-Verlag 1997. = Umweltgeschichte und Umweltzukunft, 5; Forum Wissenschaft: Studien, Bd. 41

Hermann Behrens ist ein „Schüler“ von Karl-Hermann Hübler, TU Berlin, und heute Professor für das Fachgebiet „Landschaftsplanung/Planung im ländlichen Raum“ im Studiengang Landespflege an der Fachhochschule Neubrandenburg. Nach seiner Promotion im Jahre 1990 wurde Behrens, der sich schon während seiner Assistentenzeit in Berlin mit Fragen der sozialistischen Wirtschafts- und Territorialplanung in der DDR intensiv auseinandergesetzt hatte, von seinem „Doktorvater“ um einen Beitrag über die Anfänge der Landesplanung in der SBZ/DDR für einen Sammelband zur Thematik Kontinuität und Wandel der Raumordnung/Landesplanung in Deutschland gebeten.

Da Behrens bald merkte, daß ihm dafür die (Sekundär-)Literatur so gut wie keine Basis bot, ging er – auch auf Anraten von Hübler – in die damals noch existierende DDR, um dort als „Wossi“ z. B. bei der ehemaligen „Gesellschaft für Natur und Umwelt im Kulturbund der DDR“ und anderen Einrichtungen die Realitäten, die „Fachsprachen“ und die zentralstaatlichen Planungen eines sozialistischen Staates am eigenen Leibe zu erfahren. Gleichsam als „Nebenprodukt“ kam die o.g. Publikation zustande.

Die vorgelegte Untersuchung dürfte die erste dieser Art eines westdeutschen Raum- und Planungswissenschaftlers mit etwas DDR-Erfahrung sein. Behrens hat u.a. in der neuen Abteilung Potsdam des Bundesarchivs Akten der Bestände zur Landesplanung unter dem Dach der Deutschen Wirtschaftskommission, DWK, (1947/48 – 1949), der Staatlichen Plankommission der DDR (ab November 1950 Organ des Ministerrates für die Ausarbeitung und Kontrolle der Volkswirtschaftspläne), des Ministerium für Planung, des Ministeriums für Bauwesen und schließlich der Bauakademie eingesehen und, soweit für seine Fragestellung relevant, ausgewertet, des weiteren auch Bauakademie-interne Unter-

suchungen und Gutachten, die in den Besitz der Nachfolgeeinrichtung, das Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS), früher Berlin, jetzt Erkner, übergegangen sind.

Darüber hinaus hat Behrens mit einigen in dem Bearbeitungszeitraum aktiven und heute noch lebenden Planern und Wissenschaftlern Interviews durchgeführt, u.a. mit Prof. Dr. Gerhard Kehler, der an der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“ in Berlin-Karlshorst Territorialökonomie gelehrt hatte und der auch Behrens' Manuskript mit Anmerkungen versehen hat, die dieser mit jeweiligem Verweis auch eingearbeitet hat.

Den nun selbst eine politische und wirtschaftliche „Wende“ (1989/90) erlebenden Behrens interessierte für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg der Wandel des Planungsselbstverständnisses der „alten“ Planer zu dem der „neuen“, unter marxistisch-leninistischem Einfluß stehenden Planergeneration, die Entwicklung bzw. der Inhaltswandel der Planungsaufgaben von der SBZ zur DDR und in dieser, der Umgang mit den strukturräumlichen Disparitäten und Raumnutzungskonflikten in dieser, innerhalb der Wirtschafts- und Territorialplanung dieses neuen Staates die möglichen Wechselwirkungen zwischen (angewandter) Forschung und hierarchischer Planungspraxis.

In dem Kapitel 2 „Geschichte und Aufarbeitung“ wird in kurzen Zügen der Umgang mit der nationalsozialistischen Raumordnung-Erblast und die Frage ihrer kritischen Aufarbeitung diskutiert und personelle, institutionelle und inhaltliche Kontinuitäten hinterfragt.

In Kapitel 3 verfolgt Behrens die Entwicklung von Struktur und Aufgaben der Landesplanung bis zur Auflösung der Länder im Jahre 1952. Wichtige Etappen waren hier die Gründung einer zonalen Landesplanung durch die Deutsche Wirtschaftskommission (DWK) bis 1949 und die „doppelte Landesplanung“ (im Ministerium für Planung und im Ministerium für Aufbau) in der Zeit von 1949–1952, was mit einem „Verwaltungsvakuum“ in der räumlichen Planung verbunden war, das erst mit den Planungsmaßnahmen des IV. Parteitages der SED 1954 überwunden wurde. – Die Auf-

gaben und Leistungen der Landesplanung bis 1952 werden gewürdigt.

Die weitere Entwicklung der räumlichen Planung in der DDR bis Anfang der 60er Jahre bildet den Schwerpunkt der Arbeit (Kap. 4 mit rd. 70 Seiten) mit vier Unterkapiteln. Die „mentalalen Folgen“ des Leitbildwechsels von der „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ zum „Aufbau des Sozialismus“ werden durch polarisierende Darstellungen fast tiefenpsychologisch herausgearbeitet: bewußte und unbewußte Gegnerschaft zwischen „Alten“ und „Neuen“, zwischen „Bürgern“ und „Angehörigen der Arbeiterklasse“, der Gegensatz zwischen „Studierten“ und den „Arbeitern in der Regierung“.

Die Zeit des „Verwaltungsvakuums“ ist zugleich eine Zeit der Suche nach neuen theoretischen und praktischen Fundamenten für eine Territorialplanung neuen Typs. Die geistigen und planerischen Anregungen werden aus der UdSSR und anderen sozialistischen Ländern geholt, nicht jedoch unbesehen übernommen, sondern auf die verschiedenen Spezifika der DDR hin überformt. Es ging um die sinngemäße Anwendung der Prinzipien. Die Beiträge der wissenschaftlichen Einrichtungen, der Bauakademie und verschiedener Hochschulen, werden mehr als nur cursorisch vorgestellt.

Die Erneuerung („Rekonstruktion“) der räumlichen Planung durch den IV. Parteikongreß der SED leitete die Erarbeitung von „Perspektivplänen für die komplexe Planung und Projektierung ganzer Gebiete (Bezirke) und Anlagen sowie von Städten und Orten“ ein.

Mit besonderem Enthusiasmus hat (der ökologische Planer) Behrens die Forschungsarbeit „Landschaftsdiagnose der DDR“ (1950–1952), deren fachliche raumplanerische Querbezüge, aber auch nachfolgende politische Implikationen beschrieben.

Das Kapitel 5 „Zum Umgang mit dem 'Erbe': Leitbilder ohne Übergang in der SBZ/DDR?“ ist eine planungspolitische, planungsphilosophische und planungsethische Auseinandersetzung mit dem Übergang von der „alten“ zur „neuen“ Raumplanung, eine Auseinandersetzung mit (Wert-)Urteilen und fundamentalistischen

Glaubensbekenntnissen. Besonders spannend ist aus raumplanungshistorischer Sicht die z.T. sehr delikate Darstellung der Diskussion um Wert oder Unwert der Zentrale-Orte-Konzeption und ähnlicher alternativer „sozialistischer“ Siedlungsstruktur-Strategien. – Es folgt eine knappe Zusammenfassung aller Kapitel dieser Arbeit.

Die für die Arbeit verwendete – z. T. geheime und hier wohl auch erstmals herangezogene „graue“ DDR-Literatur –, die erstmalige Auswertung bisher nicht zugänglicher Archivalien, die Interviews mit Zeitzeugen, die wissenschaftliche Aufarbeitung all dieser Prozesse und Zusammenhänge und das „Gegenlesen“ des Territorialplanungs-Intimus Kehler, machen diese Publikation zu einer verlässlichen und wichtigen Dokumentation; einer Dokumentation über die Wende der Landesplanung von der Nachkriegslandesplanung in der sowjetischen Besatzungszone, die noch in der Tradition der verschiedenen „Landesplanungen“ im Mitteldeutschland der Weimarer Zeit bis 1932, aber auch des nationalsozialistischen Raumordnungs-„Erbes“ stand bis 1949 (Gründung der DDR) bzw. 1952 (Verwaltungs- und Gebietsreform) hin zur zentralstaatlichen Organisation der Wirtschafts- und Territorialplanung der DDR, die hier bis zu Anfang der 60er Jahre behandelt wird.

Die vorliegende Arbeit ist ein – sicher sehr wichtiger – Baustein in der Aufarbeitung der Raumplanung (und Volkswirtschaftsplanung) in der ehemaligen SBZ/DDR, und sie wird mit Sicherheit weiteren Raumplanungs-Neohistorikern vielfache Anregungen zur Weiterarbeit, Vertiefung, Ergänzung und zeitlicher Fortführung geben. Die Abhängigkeit von und die Verknüpfung der Landes- und Territorialplanung sowie der Raumforschung mit bestimmten Personen als Leitfiguren zieht sich durch alle Kapitel.

Demjenigen Leser, der raumplanungshistorisch versiert ist, und den Kennern der ehemaligen Territorialplanungsszene in den neuen Bundesländern erschließt diese Arbeit durch das Lesen „zwischen den Zeilen“ und durch die Kombinatorik bestimmter Zusammenhänge, die der Autor nicht erkannt hat bzw. gar nicht kennen konnte, viele versteckte Rückschlüsse und nur implizit (un)angesprochene Erkenntnisse.

Die Lektüre dieser Arbeit ist nicht nur für alle Hochschullehrer und Studierenden der Raumplanung und Landschaftsplanung empfehlenswert, sondern vor allem auch für alle „Wessi-Planer“, die sich in den neuen Bundesländern mit dem DDR-Erbe auseinandersetzen.

Zur Ergänzung der vorliegenden Publikation sei noch auf einige weitere neuere Titel verwiesen:

Kehler, Gerhard; Maretzke, Steffen: Persistenz und Entwicklung regionaler Disparitäten in der ehemaligen DDR. In: Informationen zur Raumentwicklung (1997) 1/2, S. 115–134

Kind, Gerold: Territorialentwicklung und Territorialplanung in der DDR: Ergebnisse und Auswirkungen auf die Raumstruktur Deutschlands. In: Regionale Strukturen im Wandel/Becker, Annette Hrsg. – Opladen: Leske + Budrich, 1997 (Beiträge zu den Berichten zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland; Bd. 5.1), S. 17–103

Grundmann, Siegfried: Territorialplanung in der DDR: Indikatoren zur Analyse regionaler Disparitäten – Die sozial-räumliche Struktur der DDR in den 80er Jahren: In: Regionale Strukturen im Wandel/Becker, Annette Hrsg. – Opladen: Leske + Budrich 1997 (Beiträge zu den Berichten zum sozialen und politischen Wandel in Ostdeutschland; Bd. 5.1), S. 105–146

Hinweis: Der ARL-Redaktionsausschuß „Quellen der Raumforschung in der ehemaligen DDR“ bereitet eine Veröffentlichung mit bisher unveröffentlichten Manuskripten aus der DDR-Zeit und rückblickenden Berichten ehemaliger aktiver Raumplaner und Wissenschaftler vor.

Wolfgang Istel (München)

Dransch, Doris: Computer-Animation in der Kartographie. Theorie und Praxis. – Berlin, Heidelberg, New York: Springer Verlag 1997. IX. 145 S., Kt., Abb., Tab., Lit., Reg., CD-Rom

Karten in der gewohnten Form auf Papier sind nur sehr unvollkommene Modelle des raumzeitlichen Kontinuums, des Zustandes und der Prozesse auf der Erdoberfläche. Die kartographische Darstellung kontinuierlicher Veränderungen entlang der Zeitachse hat ihre Grenzen, wenn als Medium bedrucktes Papier genügen muß. Ein kartographischer Film mit schneller Bildfolge und dem daraus resultierenden Eindruck der Bewegung ist das geeignete Verfahren, um raumzeitliche Abläufe zu verdeutlichen. Die räumliche Planung ist einer der Hauptinteressenten für kartographische Animationen. Die Veränderung der Zeitachse in die Zukunft auf einen gewünschten

Zustand der Raumstruktur hin erfordert die Darstellung von noch nicht vorhandenen Sachverhalten. Der kartographische Film ist die adäquate Technik, um den Entscheidungsträgern die Planungsalternativen in Abhängigkeit vom gegenwärtigen Zustand, den möglichen Planungsinstrumenten und der Zeit zu vermitteln.

Kartographische Animationen mit den kinematographischen Verfahren des traditionellen Zeichentrickfilms sind so kostspielig, daß sie aus wirtschaftlichen Gründen selten angewendet werden konnten. Die Computertechnik hat jetzt einen Stand erreicht, daß man sowohl bei der Herstellung der Einzelbilder als auch beim Abspielen der Bildsequenzen auf die Film- oder Videotechnik ganz verzichten kann. Deshalb war die Zeit reif für die zusammenhängende Darstellung von Animationen in der Kartographie.

Nach einer kurzen Einleitung werden im zweiten Abschnitt des Buches die Grundlagen der kartographischen Kommunikation und ihre Beziehung zur Animation behandelt. Eine allgemeine Beschreibung der rechnergestützten Animation schließt sich im dritten Abschnitt an. Der vierte Abschnitt beschäftigt sich mit der bewegten Darstellung von zeitlichen Entwicklungen in einer dynamischen Karte (temporale Animation). Darunter fallen zum Beispiel die Veränderungen der Erdoberfläche in geologischen Zeiträumen, die Entwicklung der Bevölkerung oder anderer sozioökonomischer Größen oder der Transport von Gütern. Im fünften Abschnitt wird auf die Darstellung von Sachverhalten zu einem bestimmten Zeitpunkt unter verschiedenen Blickwinkeln eingegangen. Ein Beispiel dafür ist ein simulierter Rundflug über einer computergenerierten, perspektivisch dargestellten Szene, etwa einem Planungsgebiet mit simulierten Gebäuden oder einer Oberfläche (nontemporale Animation). Im sechsten Abschnitt werden die Kriterien aufgeführt, die für die Auswahl von Software für die kartographische Animation beachtet werden müssen. Im letzten Abschnitt folgen Beispiele von kartographischen Animationen. Die Beispiele sind auf der beiliegenden CD-ROM gespeichert und können auf jedem geeigneten Arbeitsplatzcomputer abgespielt werden.

Das Buch ist eine gründliche und umfassende Einführung in die Grundlagen der rechnergestützten Animation mit besonderem Schwerpunkt auf kartographischen Anwendungen. Wer allerdings eine Liste mit Animationsprogrammen, eine Empfehlung für eine bestimmte Software oder eine

technische Anleitung für die Herstellung eines kartographischen Films zu finden hofft, wird vergebens suchen. Die Autorin hält sich in dieser Beziehung sehr zurück, was angesichts der kurzen Lebensdauer solcher Informationen im Vergleich zur Langlebigkeit eines Buches gut nachvollziehbar ist.

Wolf-Dieter Rase (Bonn)

Tauras, Olaf: Der Ausschuß der Regionen. Institutionalisierte Mitwirkung der Regionen in der EU. – Münster: agenda Verlag 1997. 248 S., Abb., Tab., Lit. = agenda Resultate, 3

Durch den mit dem Vertrag von Maastricht über die EU neu geschaffenen Ausschuß aus Vertretern der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, kurz „Ausschuß der Regionen“ (AdR) genannt, werden die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften institutionell in das Beratungs- und Entscheidungssystem der Gemeinschaft eingebunden. Der Ausschuß umfaßt 222 Mitglieder aus den 15 Mitgliedstaaten, die die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften vertreten. Deutschland entsendet 24 Mitglieder.

Die Mitglieder und ebenso viele Stellvertreter werden vom Rat auf Vorschlag der jeweiligen Mitgliedstaaten auf vier Jahre ernannt. Der Ausschuß hat ausschließlich Beratungskompetenzen. Er berät die Europäische Kommission und den Rat durch die Abgabe von Stellungnahmen: Obligatorisch ist eine Stellungnahme bei der Festlegung der Aufgaben, Ziele und allgemeinen Regeln der Strukturfonds, bei Beschluß zu spezifischen Aktionen außerhalb der Fonds, bei Errichtung des Kohäsionsfonds, bei Durchführungsbeschlüssen der Regionalfonds, bei Festlegung der Leitlinien und Erlaß der übrigen Aktionen beim Auf- und Ausbau der transeuropäischen Netze, bei Fördermaßnahmen im Bereich der allgemeinen Bildung, im Kulturbereich sowie im Gesundheitswesen. Fakultativ kann der AdR vom Rat oder von der Kommission angehört werden, wenn diese es für zweckmäßig erachten. Darüber hinaus ist der AdR darüber zu unterrichten, wenn der Wirtschafts- und Sozialausschuß zu einer Stellungnahme gebeten wird. Der AdR kann dann ebenfalls eine Stellungnahme abgeben (akzessorische Anhörung). Und schließlich besitzt der AdR das Recht, Initiativstellungnahmen abzugeben. Den Initiativstellungnahmen kommt eine besondere Bedeutung zu, da sich der AdR so zu

Themen äußern kann, die er für besonders wichtig hält.

Mit dem neuen Ausschuß der Regionen wurden und werden viele Erwartungen verknüpft. Die wissenschaftliche und politische Diskussion kreist dabei um die Frage, ob die Regionen im Zuge der Globalisierungstendenzen und des fortschreitenden Integrationsprozesses Funktionsverluste oder -gewinne zu vergegenwärtigen haben, und ob sie stärkere Mitwirkungsmöglichkeiten erlangen. In der Einrichtung des Ausschusses der Regionen wurde insbesondere ein dezentalisierendes Element innerhalb des Politiknetzwerkes der Union gesehen, teilweise wurde mit dem Ausschuß sogar die Vision eines „Europa der Regionen“ verbunden.

In diesem Kontext ist auch die vorliegende Studie von Olaf Tauras angesiedelt. Tauras untersucht im Rahmen des institutionellen Wandels in der Europäischen Union die Gründung des Ausschusses der Regionen, seine Entwicklung in den ersten zwei Jahren seit seiner Konstituierung, sowie seine Zukunftsperspektiven. Die Studie wird dabei von zwei zentralen Fragestellungen geleitet. Zum einen geht der Autor der Frage nach, ob die Schaffung des AdR – wie oftmals behauptet – als eine Vorstufe zu einer „dritten Kammer“ der Regionen zu interpretieren ist und die Einrichtung des AdR insofern auf einen Föderalisierungs- oder Staatswerdungsprozeß der Europäischen Union hindeute. Die zweite grundlegende Fragestellung ist die, ob die Einrichtung des AdR die Einbindung der Regionen in den gemeinschaftlichen Entscheidungsprozeß bezwecke, um das Problemlösungspotential der Gemeinschaft zu erhöhen, oder ob es sich bei der Einrichtung des AdR lediglich um einen Akt symbolischer Politik handele/gehandelt habe. Es soll also der Stellenwert der Einrichtung des AdR zwischen den beiden Polen eines Europa der Regionen und der nur symbolischen Einbeziehung regionaler Interessen ausgelotet werden.

Ausgangspunkt der Studie ist eine Darstellung des politischen und historischen Rahmens der Institutionalisierung regionaler Mitwirkung auf europäischer Ebene: Neben einer Bestimmung der zentralen Begriffe (Regionen, Regionalismus und das Europa der Regionen) wird zum Einstieg in das Thema die Entwicklung des Verhältnisses von Regionen und Europäischer Gemeinschaft seit den 80er Jahren dargestellt. Im Mittelpunkt steht dann eine umfangreiche und detaillierte Analyse des Entwicklungsprozesses des AdR: Diese chronologische Untersuchung beginnt mit der Diskussion

um die Verankerung des AdR im Vorfeld der Verabschiedung des Maastrichter Vertrages sowie mit der Analyse der Vertragsartikel zum AdR. Daran schließt sich die Untersuchung der Institutionalisierungsphase und der Konstituierungsphase des AdR an. Darüber hinaus werden die ersten Ergebnisse der Arbeit des AdR beleuchtet (bis zum vierten Quartal 1995) und seine Entwicklungsperspektiven vor dem Hintergrund der bis dahin – im Vorfeld der Regierungskonferenz 1996 zur Revision der Maastrichter Verträge – diskutierten Vorschläge zur Weiterentwicklung des AdR erörtert.

Der Autor kommt zu dem Ergebnis, daß die Schaffung des AdR nicht zu einer Föderalisierung der Europäischen Union im Sinne der Vision eines „Europas der Regionen“ führt. Dieses zeigten alle Phasen der Entwicklung des AdR: So sei der AdR von vornherein als reines Beratungsgremium ohne legislative Kompetenzen konzipiert worden, und auch die Institutionalisierungsphase zeige, daß mehr als eine beratende Funktion zumindest mittelfristig nicht zu erwarten sei. In diesem Sinn bewertet Tauras auch die Vorgespräche zur Regierungskonferenz. Er zeigt, daß die Bestrebungen der Mitgliedstaaten und der Gemeinschaftsinstitutionen auf eine Stärkung der Beratungsfunktion, nicht aber auf eine grundlegende Änderung der Qualität des AdR zielten.

Die zweite zentrale Frage der Studie, nämlich die, ob die Gründung des AdR nur als ein symbolischer Akt zu werten sei, kann Tauras nicht abschließend beurteilen. Es gebe jedoch eine Reihe von Hinweisen, daß die Bedeutung regionaler Sichtweisen – wie sie vom AdR vertreten werden – sowohl von den EU-Mitgliedstaaten als auch von den Gemeinschaftsgremien zunehmend anerkannt werden. Es zeichne sich ab, daß die inhaltlichen Positionen des AdR in die Planung und Gestaltung der Politiken mit einbezogen werden. Zum Teil haben die Stellungnahmen des AdR direkten Eingang in EU-Politiken gefunden. Gleichwohl ist eine abschließende Beantwortung der Frage, inwieweit die Perspektiven des AdR und damit regionale und lokale Belange in die Politiken der Gemeinschaft einfließen und inwieweit sie zu einer Erhöhung der Problemlösungsfähigkeit der Union führen, zum Zeitpunkt der Fertigstellung der Studie noch nicht möglich. Die Beantwortung der Frage erfordert eine Langzeitanalyse. Die Arbeit von Tauras kann insofern – wie vom Autor auch gesehen – nur Potentiale aufzeigen.

Insgesamt bietet die Studie einen umfangreichen und informativen Fundus an Informationen zur Einrichtung sowie zu den Organisations- und Arbeitsstrukturen des AdR. Interessante, an den bisher vorliegenden Studien zum AdR anknüpfende Fragestellungen für Folgestudien sind die nach der Wirkung des AdR und seiner Arbeit innerhalb des institutionellen Geflechtes der EU sowie auf die Regionalstruktur der Mitgliedstaaten und auf die Qualität und Intensität der interregionalen Zusammenarbeit in Europa.

Brigitte Ahlke (Bonn)

Michels, Winfried; Thoss, Rainer (Hrsg.): Kostengünstiges Bauen: warum nicht? – Münster: Selbstverlag des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen und des Zentralinstituts für Raumplanung der Universität Münster 1996. VII, 103 S., Kt., Abb., Tab. = Münsteraner Wohnungswirtschaftliche Gespräche, Bd. 6

Der Wohnungsbau in Deutschland ist teuer. Mit Respekt blicken Fachleute ins Ausland. Dort wird preisgünstiger gebaut. Alle beklagen, daß Vergleichbares in Deutschland nicht geht, so scheint es. Angesichts der langen Debatte über kosten- und flächensparendes Bauen, die über weite Bereiche teilweise pathologisch geführt wird, wirkt die dem Buch vorangestellte Frage nahezu trotzig, für Bauherren möglicherweise provozierend.

Warum nicht? Ja, was spricht eigentlich dagegen? Die Frage erhält angesichts der aktuellen Diskussion über nachhaltige Entwicklung ein neues Gewicht. Kostengünstiges Bauen bedeutet nämlich zugleich auch Einsparen von Material und trägt damit zu ressourcenschonendem Bauen bei. Bisher lag der Schwerpunkt auf dem Einsparen von Grundstücksflächen. Die allgemein zu beobachtende Tendenz zu kleineren Grundstücken ist aber weniger Ausdruck eines neuen Bewußtseins, sondern eher ein Reflex auf die stark gestiegenen Bodenpreise angesichts eines immer knapper werdenden Marktes, gerade in den Ballungsräumen. Weil große Grundstücke nicht mehr bezahlbar waren, mußte man sich bescheiden, darum!

Auf einer ganz anderen Schiene lief die Diskussion über Kosteneinsparung bezüglich der Gebäude. Die Deutschen bauen für die Ewigkeit, solide und perfekt und nach den deutschen Normen – und die sind halt anspruchsvoller als im Ausland. Dies sind die beiden hauptsächlich strapazierten Antworten auf die Frage „Kostengünstig, warum denn nicht?“. Mentalität und deutsche Gründlichkeit, sind das wirklich hinreichende Erklärungen dafür, daß kostengünstiges Bauen bei uns nur schwer umsetzbar ist?

Aber es gibt auch Lichtblicke: Vorbildliche Projekte beweisen, daß kostengünstiges Bauen eben nicht bedeuten muß, billig zu bauen. Kosteneinsparung führt nicht automatisch zu Qualitätseinbußen. Zahlreiche Projekte machen deutlich, daß es auch nicht einzig darum geht, an der Ausstattung, am Material oder am Gestaltungsaufwand zu sparen. Ein bisher unzureichend ausgeschöpftes Einsparpotential ergibt sich nicht zuletzt durch die Rationalisierung des Planungs- und Bauprozesses. Trotz erheblicher Kosteneinsparungen beweisen viele Pilotprojekte, daß qualitativ hochwertige Bauten geschaffen werden können, die weit unter den herkömmlichen Baukosten liegen.

Gerade nachdem mittlerweile in zahlreichen gelungenen Projekten der praktische Beweis angetreten ist, daß kostenbewußtes Bauen nicht Schlichtbauten bedeuten muß, wirft sich die immer wiederkehrende Frage auf, warum trotz dieser Belege bisher kein durchschlagender Erfolg auf breiter Front zu erkennen ist. Dies war folgerichtig auch die zentrale Frage des 6. Münsteraner Wohnungswirtschaftlichen Gesprächs, das mit dem vorliegenden Buch dokumentiert wird.

Neben den bekannten Restriktionen wurden auch einige neue Aspekte reflektiert. Das Dauerthema „hohe Qualität zu niedrigen Kosten“ birgt auch neue Akzente. Die durch den demographischen Wandel veränderte Bedarfslage läßt keinen anderen Weg offen als den des kostengünstigen Bauens. Anders kann das Defizit von über einer Million Wohnungen nicht abgebaut werden. Zudem gibt es in Deutschland zu wenig Anreize für kostensenkende Bauweisen. Zudem erfordert die Krise im Bausektor auch ein Umdenken der Bauwirtschaft, da neue Marktsegmente erschlossen werden müssen, zumal sich die Nachfrage gerade auf das untere Marktsegment mit höheren Eigenanteilen durch Muskelhypothek verlegt.

Auch die Optimierung der Vorfertigung von Bauteilen und die des Produktionsma-

nagements von Bauten generell könnten wesentlich zu einer Kostensenkung beitragen, ohne zu den bekannten problematischen Gestaltungsdefiziten in der Großtafelbauweise führen zu müssen. Hier erwächst ein hoher Konkurrenzdruck durch vorbildliche Projekte ausländischer Anbieter, nicht zuletzt durch die Öffnung der Märkte. Das Problem ist nämlich nicht in erster Linie durch Reduzierung im Ausstattungsstandard, z. B. weniger Steckdosen oder weniger Fliesen im Bad, zu lösen, sondern bedarf einer grundsätzlichen Neuorientierung der Dienstleistung „Bauen“.

Auch wenn das Thema „kostensparendes Bauen“ nicht neu ist – weder die Forderung noch das Lamentieren über die Umsetzungsdefizite –, lohnt sich immer wieder ein Innehalten. Hier liegt auch der Wert der Dokumentation der Veranstaltung. Sie hat verschiedene Dimensionen des Themas verdeutlicht und neu akzentuiert, die gesellschaftliche: „Mehr Wohnungen für weniger Geld“ und die private: „Mehr Lebensqualität durch geringere Wohnlasten“. Ob eine solche Veranstaltung das von der Kostensenkungskommission bezeichnete „Kostenparadox“ (Wissen führt nicht zum Handeln) lösen helfen kann, bleibt allerdings zu bezweifeln. Es bleibt zu befürchten, daß es bei Demonstrationsbauvorhaben und „Insellösungen“ bleibt und ein breites Umdenken bis hin zu ressourcenschonenden Wirtschafts- und Lebensweisen noch lange ausbleibt.

Manfred Fuhrich (Bonn)

Berichtigung

Der Name des Rezensenten von

Spitzer, Hartwig: Einführung in die räumliche Planung. – Stuttgart: Eugen Ulmer Verlag 1995. 228 S., Kt., Abb., Tab., Lit., Reg. = UTB für Wissenschaft

in Heft 1.1998, S. 61–62, muß richtig heißen:

Prof. Dr. Peter Moll (Saarbrücken)